

**Handlungsrahmen für die
Einzelbereiche der Politik**

„Handeln für unser Land“

2

Umwelt

- 2.1 Umweltschutz**
- 2.2 Umwelt/Chemikalien-
und Giftschutz**
- 2.3 Umwelt/
Wasserwirtschaft
und Abfallwirtschaft**
- 2.4 Umwelt/
Luftreinhaltung**
- 2.5 Umwelt/
Lärmschutz**
- 2.6 Umwelt/
Landschaftspflege**
- 2.7 Gesundheitspolitik**

SPD
NRW '80 

C99-02910

2.1 Umweltschutz

Unsere Grundsätze

Für Sozialdemokraten ist die Sicherung menschenwürdiger Umweltbedingungen unverzichtbar.

In den Ballungsräumen an Rhein und Ruhr zeigt sich für jedermann sichtbar, wie die Folgen und Erfordernisse aus Industrie, Verkehr und Energiegewinnung mit unseren natürlichen Lebensgrundlagen (Wasser, Boden, Luft, Natur und Landschaft) konkurrieren, zum Beispiel

- bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze und Erhaltung bzw. Verbesserung der Umwelt,
- bei Siedlungen und Wasserschutzgebieten,
- bei lärmenden oder qualmenden Anlagen und lebenswerter Wohnumwelt und
- bei Verkehrswegen und Landschaftsschutz.

Ein ausgewogenes Miteinander bleibt ständige Aufgabe praktischer Politik. Umweltschutz geht aber immer dann vor, wenn Leben oder Gesundheit der Bürger oder unsere elementaren Lebensgrundlagen gefährdet sind.

Die SPD verwirklicht eine Politik des qualitativen Wachstums; das heißt vor allem umweltfreundliche Produktion. Dabei gilt das Verursacherprinzip, nach dem derjenige, der Schäden an der Umwelt verursacht – gleichgültig ob Produzent oder Konsument –, für die Beseitigung bzw. Verhinderung aufkommen muß. Langfristig werden wir jedoch die Schadensbeseitigung zur Schadensverhinderung entwickeln.

Die Ursachen der Umweltbelastungen gehen auf eine jahrzehntelange Entwicklung der Industriegesellschaft zurück. Sie sind das Ergebnis unzureichend kontrollierter industrieller Prozesse bis hin zu den kriminellen Auswüchsen unkontrollierten Profitstrebens.

Umweltpolitik als geschlossenes Konzept staatlichen Handelns gibt es in der Bundesrepublik erst seit Übernahme der Regierungsverantwortung unter Führung von Sozialdemokraten. Die Umweltprogramme der Bundesregierung, Gutachten des durch die Regierung eingerichteten Sachverständigenrates für Umweltfragen und ein umfangreiches Gesetzgebungswerk haben Fakten geschaffen!

Erfolgreicher Umweltschutz lebt von der Durchsetzung und der Kontrolle vor Ort! In den letzten Jahren sind die Mittel und die Zahl der Stellen für den Umweltschutz erheblich erhöht worden, aber dies reicht noch nicht aus. Die SPD vertritt die im Umweltgutachten 1978 dargelegte Auffassung, daß in den Bereichen der Luft- und der Gewässerreinigung, der Landschaftspflege und des Naturschutzes sowie bei der Überwachung der Lebensmittel auf Schadstoffe noch mehr Kontrolle und ein konsequenter Vollzug (das bedeutet auch mehr Personal!) nötig ist. Schwerpunkte der Umweltpolitik in Nordrhein-Westfalen werden deshalb sein:

- Umweltsichere Beherrschung von Chemie und Technik,
- wirksamer Gewässerschutz,
- bessere Luft,
- erhöhter Lärmschutz,
- lebenswerte Gestaltung der Wohnumwelt und
- Entwicklung der Landschaft und Schutz der Natur.

Umwelt/ Chemikalien- und Giftschutz

2.2

Unsere Grundsätze

Gesundheit und Wohlergehen des Bürgers sind nur dann gewährleistet, wenn er geschützt ist gegen gefährliche Umweltchemikalien und Technikkatastrophen. Die SPD setzt sich dafür ein, durch vorbeugende Maßnahmen das Entstehen von Schäden von vornherein zu verhindern. Nordrhein-Westfalen hat als erstes Bundesland einen „Seveso-Erlass“ herausgegeben, nach dem alle mit Giftstoffen arbeitenden Betriebe im Land überprüft und kontrolliert werden.

Unsere Leistung

Nach dem Katastrophenschutzgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen vom Dezember 1977 müssen von allen gefährlichen Betrieben Sonderenschutzpläne aufgestellt werden. Diese Sonderenschutzpläne werden von den staatlichen Gewerbeaufsichtsamtern des Landes gemeinsam mit den Katastrophenschutzbehörden zusammengestellt. In den Plänen werden alle gefährlichen Stellen in den Betrieben genannt und die notwendig werdenden Maßnahmen im Schadensfall angegeben.

Alle gefährlichen Betriebe im Lande, in denen ähnliche giftige Stoffe wie in Seveso verwendet werden, sind jetzt erfaßt. Die Anlagen wurden detailliert von der Gewerbeaufsicht überprüft; der Einbau von doppelten Sicherungsmaßnahmen wurde inzwischen bei allen Anlagen durchgeführt.

Kommt es dennoch zu einer Katastrophe, so ist vorgesorgt, daß über ein gut funktionierendes Meldesystem die Bevölkerung über Rundfunk kurzfristig gewarnt wird.

Sozialdemokraten haben in Bund und Land wichtige gesetzliche Maßnahmen gegen gefährliche Umweltchemikalien initiiert, wie z. B. das DDT-Gesetz, das Arzneimittelgesetz, das Benzinbleigesetz, das Waschmittelgesetz.

Das Versprühen des Pflanzenbehandlungsmittels „Tormona“ aus Flugzeugen wurde unterbunden, der Einsatz in den Staatsforsten wurde auf die notwendigsten Anwendungsfälle beschränkt. Die Verwendung chemischer Wachstumssthemmer an Feld- und Wegrändern, Böschungen und auf brachliegenden Flächen ist verboten; aus Gründen der Verkehrssicherheit sind nur noch Intensivflächen an Bundesfern- und Landstraßen ausgenommen. Praktische Untersuchungen und Versuche zum alternativen Landbau dienen der Nutzbarmachung weiterer Möglichkeiten, den Einsatz von Chemikalien in der Landwirtschaft zu mindern.

Das wollen wir

Weitere Anstrengungen sind aber notwendig, um Vorfälle wie die Giftgasaffäre in Hamburg oder die Thalliumverseuchung in Lengerich zu vermeiden. Wir Sozialdemokraten setzen uns daher für die Verabschiedung eines Chemikaliengesetzes und einer Störfallverordnung durch die Bundesregierung ein. Ziel dieser Bestimmung ist es,

- die neuen chemischen Stoffe auf ihre Giftigkeit und Umweltverträglichkeit zu überprüfen;
- die Einführung sehr schädlicher Chemikalien zu verbieten;
- durch Sicherheitsmaßnahmen in den Betrieben mögliche Technikkatastrophen zu verhindern;
- durch Störfallanalysen die Schwachpunkte der gefährlichen Betriebe zu erkennen und



Umwelt/Wasser-2.3

wirtschaft und

Abfallwirtschaft

Unsere Grundsätze

Wasser ist ein unersetzbares, nicht beliebig vermehrbares Gut. Wasser ist Lebensmittel und wichtiger Rohstoff zugleich. Gewässer dienen der Erholung des Menschen, sind aber auch Lebensraum für viele Pflanzen und Tiere. Sie sind aber zugleich auch transportfähig zur Beseitigung von Abwässern. Abwässer dürfen deshalb nur gereinigt ins Gewässer geleitet werden. Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen wie Diether Deneke haben in den vergangenen Jahren dafür gesorgt, daß die Qualität unserer Gewässer trotz zunehmender industrieller Belastung besser geworden ist.

Unsere Leistung

Abfälle entstehen zwangsläufig bei Produktion und Verbrauch von Gütern. Die SPD in Nordrhein-Westfalen hat in den vergangenen Jahren die Abfallbeseitigung geordnet und sicher gemacht; sie wird weiterhin die Minderung von Abfallaufkommen und die Wiederverwendung von Abfällen fördern.

Langfristige Sicherung der Wasserversorgung und langfristiger Schutz der Gewässer ist dank dem Landeswassergesetz von Nordrhein-Westfalen aus dem Jahre 1979 nachhaltig gewährleistet. Gleichzeitig wurden mit diesem Gesetz die organisatorischen Grundlagen für die Erhebung der Abwasserabgabe geschaffen. Je Schadenseinheit hat ab 1. 1. 1981 ein Einleiter von Abwässern 12,- DM pro Jahr zu entrichten; bis 1986 wird diese Abgabe in jedem Jahr um 6,- DM ansteigen.

Gegen die wilden Müllkippen wurde mit dem Landesabfallgesetz aus dem Jahre 1973 erfolgreich angegangen. Heute dürfen Abfälle nur noch

in genehmigten und überwachten Anlagen beseitigt werden. 1900 zumeist ungeordnete Müllkippen wurden seit 1971 geschlossen und rekultiviert. Heute wird in etwa 100 leistungsfähigen Anlagen die geordnete Abfallbeseitigung sichergestellt. Dabei sind 99 % der Bevölkerung an eine öffentliche Müllabfuhr angeschlossen.

Unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung wurde die Anzahl vollbiologischer Kläranlagen von 654 im Jahre 1967 auf 1 154 im Jahre 1978 gesteigert. Damit sind 75 % der Bevölkerung an Kläranlagen mit hoher Reinigungsleistung angeschlossen; 1967 waren es nur 33 %. Das Land hat den Bau mit 1058 Mio. DM unterstützt und gleichzeitig den Ausbau des Kanalisationsnetzes mit 1 242 Mio. DM.

Allein im Einzugsgebiet des Rheins wurden in den letzten 10 Jahren bei einem Landesanteil von 610 Mio. DM 1,35 Mrd. DM in den Bau kommunaler Kläranlagen investiert. Z. Zt. werden im Rahmen des Rhein-Bodensee-Programms 287 zusätzliche Abwasseranlagen gebaut. Die Belastung des Rheins durch biologisch nicht abbaubare Schadstoffe wurde verringert; bei Quecksilber etwa um 90 % und bei Cadmium um 50 % seit 1972. Der Sauerstoffgehalt des Rheins ist in den letzten Jahren ständig verbessert worden. Die Ruhr ist einer der saubersten Flüsse Europas, aus dem Trinkwasser gewonnen wird.

In 65 Talsperren in Nordrhein-Westfalen können als Beitrag zu einer sicheren Trinkwasserversorgung über 1 Mrd. Kubikmeter Wasser gestaut werden. Damit verfügt das Land über fast die Hälfte allen Stauvolumens in der Bundesrepublik Deutschland. Weitere 7 Talsperren werden gebaut, 5 Talsperren konkret geplant; 270 Mio. Kubikmeter zusätzlicher Stauraum sollen geschaffen werden.

Wasserschutzgebiete helfen, die Qualität des Trinkwassers zu gewährleisten; 30 % des geförderten Wassers ist so gesichert, für weitere 30 % sind Schutzgebietsverfahren eingeleitet oder in der Planung.

Das wollen wir

Zu bekannten und noch nicht gelösten Problemen kommen ständig neue hinzu. Neben der Ausstattung aller Abwassereinleiter aus Industrie, Wasserverbänden und Gemeinden mit vollbiologischen Kläranlagen werden wir uns dafür einsetzen, daß weitergehende Reinigungsstufen und neue Reinigungstechnologien entwickelt und angewendet werden, um immer mehr Schadstoffe in immer größerem Umfang aus den Abwässern herauszuklären.

Auf der Grundlage des neuen Bundesrechts und des neuen Landeswassergesetzes, das einschließlich der Abwasserabgabenregelung bei uns als erstem Bundesland eingeführt worden ist, werden wir Sozialdemokraten darüber wachen, daß in staatlichen Bewirtschaftungsplänen die Nutzungen unserer Gewässer konkret festgelegt werden und daß dabei die Gewässernutzung einzelner im Einklang mit dem Wohl der Allgemeinheit steht.

Sauberes Wasser hat seinen Preis. Diesen Preis hat der Verschmutzer nach dem Verursacherprinzip zu zahlen; dazu soll die durch Bundesgesetz ab 1981 eingeführte Abwasserabgabe dienen. Aber niemand darf sich mit dieser Abgabe billig von der notwendigen Reinigung der Abwässer freikaufen.

Abfälle müssen nicht nur Müll, sie können auch Rohstoffe sein.

Neben einer Verbesserung der Abfallbeseitigung müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um anstelle der Beseitigung immer mehr zu einer Abfallwirtschaft zu kommen. Das bedeutet, daß Technologien und Produktionsverfahren entwickelt werden, mit deren Hilfe weniger Abfälle entstehen und die Gewinnung von Energie oder Rohstoffen aus Abfällen erleichtert wird.

Im öffentlichen Bewußtsein ist Verständnis dafür zu wecken, daß Abfallbeseitigungsanlagen notwendig sind und aktiven Umweltschutz bedeuten. Sozialdemokraten setzen sich dafür ein, daß durch solche Anlagen das Wohlbefinden der Menschen und das Gleichgewicht der Natur nicht nachhaltig beeinträchtigt werden und daß gravierende Umweltschäden aus der Vergangenheit behoben werden.

Umwelt/ 2.4 Luftreinhaltung

Unsere Grundsätze

Von der Qualität der Luft hängt die Gesundheit der Bevölkerung ab. Die SPD hat als erste Partei dieses Problem erkannt. Bereits 1961 forderte Willy Brandt „den blauen Himmel über der Ruhr“. Damals ist die Forderung bespöttelt worden. Heute haben wir in Nordrhein-Westfalen bessere und saubere Luft.

Unsere Leistung

Schon seit 1967 haben sich die Sozialdemokraten im Lande Nordrhein-Westfalen intensiv um die Verbesserung der Luftqualität bemüht:

- Im Ruhrgebiet konnten seit 1967 die Staubbelastung um rd. 50 %, die Schwefeldioxydbelastung um 30 % und die für die Gesundheit wichtigen Staubkonzentrationen um 20 % vermindert werden;
- für die Gebiete Köln, Duisburg und Dortmund wurden detaillierte Luftreinhaltepläne aufgestellt, um die Verschmutzung der Luft in diesen Gebieten drastisch zu senken;
- ein umfangreiches Meßnetz zur Überwachung der Luftqualität wurde im Lande aufgebaut; es ist vorbildlich in der ganzen Bundesrepublik;
- durch gezielte Verbesserungsprogramme konnten die Emissionen von Stahlwerken, Gießereien, Zementwerken und Chemiebetrieben drastisch gesenkt werden;
- durch die Förderung der Entwicklung wurden neue Systeme zur Staubabscheidung und Gasreinigung aufgebaut.

Das wollen wir

Die Qualität der Luft – besonders in den Ballungsgebieten – muß weiter verbessert werden. Hierzu treten wir dafür ein, daß vor allem die Emissionen der Anlagen, die am häufigsten zur Luftverunreinigung beitragen, gesenkt werden:

- Alte Kraftwerke sind durch umweltfreundliche zu ersetzen;
 - der Feinstaub, der besonders von der Stahlindustrie ausgeht, ist zu reduzieren;
 - in der chemischen Industrie muß der Auswurf an organischen Stoffen verhindert werden;
 - die Emissionen an krebserregenden Stoffen müssen auf ein Minimum reduziert werden.
- Eine umfassende Überwachung muß sicherstellen, daß die Betriebe die zulässigen Grenzwerte für die Luftbelastung einhalten.

Wir Sozialdemokraten werden uns dafür einsetzen, daß die Luftreinhaltepläne in Nordrhein-Westfalen ein wirksames Instrument zur Verbesserung der Luftqualität werden. Vorsorglich werden wir dafür sorgen, daß

- die Luftreinhaltepläne bis 1980 für die Räume Düsseldorf, Essen, Gelsenkirchen, Bochum und Dortmund aufgestellt werden;
- das Überwachungssystem bis auf 65 telemetrische Meßstationen ausgebaut wird, um alle Ballungsgebiete an Rhein und Ruhr zu überwachen;
- durch umfangreiche medizinische Untersuchungen die Wirkungen von Luftschadstoffen umfassend festgestellt werden;
- die Kombinationswirkungen mehrerer Schadstoffe besser überwacht werden;
- die Ergebnisse von Forschungsvorhaben und Untersuchungen auch in die Praxis umgesetzt werden.

Wir setzen uns auch dafür ein, daß die Abgase aus den Kraftfahrzeugen weiter reduziert werden; auch hier sind noch weitere Verbesserungen möglich.

2.5 Umwelt/ Lärmschutz

Unsere Grundsätze

Viele Bürger unseres Landes fühlen sich durch Lärm belästigt. Lärm macht krank! Der Straßenverkehrslärm wird – mit weitem Abstand neben Flugzeuglärm und dem Lärm aus gewerblichen Betrieben – als schlimmste Lärmquelle empfunden.

Unsere Leistung

Der Lärm aus gewerblichen Betrieben hat in den letzten Jahren stetig abgenommen. Besonders in Betrieben der chemischen Industrie, der Stahlindustrie und des Industriebereiches Steine und Erden konnte der Lärmpegel um 10 dB (A), d. h. um die Hälfte, gesenkt werden. Für verschiedene Städte, wie Bonn, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg, Herne und Köln, wurden Lärmkarten aufgestellt, in denen die Lärmbelastigungen festgehalten wurden. Der erste Lärminderungsplan in der Bundesrepublik für eine größere Region wird als Modell auf Initiative unseres Landes in Oberhausen aufgestellt.

Eine große Zahl von Schallschutzwänden und Schallschutzdämmen an Autobahnen sorgte dafür, daß besonders störender Lärm vermindert wurde. Maßnahmen zur Verkehrslenkung haben ebenso zur Herabsetzung der Lärmbelastung beigetragen.

Das wollen wir

Nach wie vor sind die Straßenverkehrsgeräusche die Hauptquelle der Lärmbelastung. Wir Sozialdemokraten fordern, daß

- durch eine konsequente Lärminderung an den Fahrzeugen der Lärm in den nächsten Jahren soweit wie möglich gesenkt wird;
- durch weitere Schallschutzwände und Schallschutzwälle der Lärm von den Wohnbereichen ferngehalten wird;
- in den Fällen, in denen ein aktiver Lärmschutz nicht möglich ist, die Bürger für den Einbau von Lärmschutzfenstern Entschädigungen erhalten.

Es ist künftig verstärkt darauf hinzuwirken, daß

- für neue Straßen eine Trassenführung gewählt wird, die möglichst wenig Menschen belästigt;
- passive Schallschutzmaßnahmen in Zukunft die Ausnahme sein sollten;
- die bisherigen Schritte zur Begrenzung des Fluglärms und des Lärms von gewerblichen Betrieben fortgeführt werden;
- schärfere Vorschriften für eine Verminderung der Schallemissionen, insbesondere von Mopeds und LKW's, sorgen.
- Verkehrslenkungen und Geschwindigkeitsbegrenzungen den Lärm in den Wohnbereichen reduzieren.

Umwelt/ Landschafts- pflege

2.6

Unsere Grundsätze

Natur und Landschaft brauchen wir für Erholung und Freizeitgestaltung, vor allem aber auch zur Sicherung unserer Lebensgrundlagen: Luft, Wasser und Boden. Die SPD gewährleistet einen schonenden Umgang mit dem knapper werdenden Gut Landschaft und tritt dafür ein, Industriebrache und zerstörte Landschaftsräume zu rekultivieren. Die SPD hat in Nordrhein-Westfalen dafür gesorgt, daß die Bürger Wälder und Gewässerufer ungehindert betreten können.

Unsere Leistung

Sozialdemokraten haben sich nicht damit begnügt, schöne Gegend unter Naturschutz zu stellen; in Nordrhein-Westfalen haben sie mit dem 1975 verabschiedeten Landschaftsgesetz aktive Landschaftsgestaltung und Landschaftsentwicklung in den Vordergrund der Landschaftspolitik gestellt. Wir Sozialdemokraten haben die Landschaft den Erholungsuchenden geöffnet, sie zugleich zum sorgsamem Umgang mit der Natur verpflichtet. Ehrenamtliche Beiräte und Landschaftswachten wurden ins Leben gerufen, um Fehlentwicklungen entgegenzuwirken. Kreise und kreisfreie Städte sind verpflichtet, Landschaftspläne aufzustellen, die die Grundlage für die Entwicklung, den Schutz und die Pflege der Landschaft darstellen. Es handelt sich dabei um eine verbindliche Fachplanung, die es in keinem anderen Bundesland gibt. Diese Landschaftspläne enthalten eine Darstellung des Landschaftszustandes und die Festlegung von Entwicklungszielen. Gegenwärtig sind über 120 Landschaftspläne in fast 50 von 54 Kreisen und kreisfreien Städten in Arbeit. Diese flächendeckende Landschaftsplanung haben wir Sozialdemokraten gegen die Opposition durchgesetzt.

Heute überdecken fast 1000 Landschaftsschutzgebiete ein Drittel unserer Landesfläche und sichern landschaftliche Eigenart. Darüber hinaus wird in fast 250 Naturschutzgebieten gefährdeten Pflanzen und Tieren ein besonderer Schutz gewährt. 14 Naturparks und 6 bevorzugte Erholungsgebiete dienen mit mehr als einem Viertel der Landesfläche in besonderer Weise der Erholung in der Landschaft.

Auch für die Flurbereinigung haben wir seit dem Jahre 1976 landschaftspflegerische Begleitpläne im Flurbereinigungsgesetz vorgesehen, so daß die Flurbereinigung nicht nur der rentablen Bewirtschaftung dient, sondern auch die ökologischen Belange im Interesse der Allgemeinheit wahrnimmt.

Nicht immer sind Eingriffe in die Landschaft zu vermeiden; dies gilt insbesondere für den Abbau von Bodenschätzen. Mit dem Abtragungsgesetz aus dem Jahre 1972 haben Sozialdemokraten eine Rekultivierung der Abbaubereiche nach den Grundsätzen des Verursacherprinzips sichergestellt.

Ein Viertel der Fläche unseres Industrielandes ist Wald. Durch das Landesforstgesetz aus dem Jahre 1969 wurden u. a. diese Wälder für alle Bürger geöffnet und der Wald unter besonderen Schutz gestellt.

Über diese politischen Leistungen hinaus haben Sozialdemokraten ergänzend konkrete Einzelmaßnahmen gefördert. So wurden etwa durch Anpachtung Teile der Rieselfelder Münster als internationales Vogelrastgebiet erhalten. Das Waldgebiet „Die Haard“ wurde mit staatlicher Hilfe in kommunale Obhut überführt und dadurch für den erholungsuchenden Bürger erhalten. Durch Entschlammung von Seen (Nette-, Harkort- und Baldeneysee) wurden bzw. werden diese u. a. für die Erholung und den Naturschutz erhalten. Waldsäuberungen durch Schulen, Vereine und Bürgerinitiativen werden finanziell unterstützt. Auch die Haltung von Schafen wird als landespflegerische Maßnahme gefördert, um den Einsatz chemischer Wachstumsregler zurückzudrängen.



Durch das Landschaftsgesetz sind sowohl alle wildlebenden, nicht jagdbaren Tiere als auch wildlebende Pflanzen geschützt; sie dürfen nicht ohne vernünftigen Grund gefangen, verletzt, getötet bzw. ausgerissen werden. Einige Arten sind dabei unter verschärften Schutz gestellt; für sie darf der Lebensraum nicht in einem Maße verändert werden, daß ihr Fortbestand gefährdet ist. Zur Erhaltung artenreicher Lebensräume haben wir über 1000 Hektar Feuchtgebiete angekauft.

Von den jagdbaren Tieren haben wir in ihrem Bestand bedrohte Arten von der Jagd ausgenommen.

Die Fische in unseren Gewässern sind nach dem Landesfischereigesetz aus dem Jahre 1972 zu hegen und zu vermehren.

Das wollen wir

Für Sozialdemokraten ist menschenwürdiges Leben nur in gesunder Umwelt denkbar, dazu gehört für uns auch eine unzerstörte natürliche Umwelt in Form einer schönen Landschaft und von Tieren und Pflanzen in ihrer ganzen Vielfalt. Insbesondere der Wald beeinflußt günstig unser Klima, filtert große Mengen Staub aus der Luft, reguliert den Wasserhaushalt und bildet den Lebensraum für viele Pflanzen und Tiere.

Wir werden den Schutz für diese Güter aufrechterhalten und verstärken. Dieses bedeutet u. a., die Landschaft ist nur in nachweisbar notwendigem Umfang zu beanspruchen und die unabweisbaren Eingriffe auszugleichen. Die für eine vorsorgende Gestaltung und geordnete Entwicklung der Landschaft maßgeblichen Landschaftspläne sollen in den nächsten 10 bis 20 Jahren für das ganze Land rechtsverbindlich aufgestellt sein.

Der Schutz der Pflanzen und Tiere ist unlösbar mit der Landschaftspflege und damit dem Umweltschutz verbunden. Sozialdemokraten werden daher die Grundlagenforschung zur Beurteilung der Wechselbeziehungen in der Natur und daraus abzuleitende Schutzmaßnahmen verstärken, ökologisch wertvolle Flächen in öffentliche Hände überführen, ökologisch wertvolle Räume durch Ausweisung als Natur- und Landschaftsschutzgebiete sichern und den Vollzug des Artenschutzes wesentlich verbessern.



Gesundheits- politik

2.7

Unsere Grundsätze

Gesundheit ist eine der wichtigsten Voraussetzungen zur freien Persönlichkeitsentfaltung und zur verbesserten Lebensqualität. Deshalb muß jeder Bürger die gleiche Chance zur Erhaltung und Wiederherstellung seiner Gesundheit haben.

Zur Zeit steht die Gesundheitspolitik im Spannungsfeld zwischen Kostenentwicklung und Leistungsverbesserung – für uns Sozialdemokraten keine Alternativen, die sich ausschließen. Wir werden uns einerseits dafür einsetzen, die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen abzuschwächen. Wir werden andererseits aber auch Maßnahmen anregen, die das Leistungsangebot unseres Gesundheitssystems verbessern. Oberster Grundsatz ist dabei: Der medizinische Fortschritt muß allen Bürgern unseres Landes zugute kommen, unabhängig von ihrem Einkommen und sozialen Stand. Wir Sozialdemokraten wissen aber auch, daß Medizintechnik allein zur Heilung nicht ausreicht. Was nützt, ist eine verbesserte persönliche Betreuung der Patienten.

Unsere Leistung

Wir Sozialdemokraten haben in der Vergangenheit in unserem Lande die wichtigsten Voraussetzungen für ein optimales medizinisches Versorgungssystem geschaffen. Und zwar durch:

- Den verstärkten Ausbau der ambulanten Versorgung, z. B. durch Landesbürgschaften, mit denen wir die Einrichtung von Arztpraxen erleichterten;
z. B., indem wir ausländischen Ärzten mit deutschen Ehepartnern die unbeschränkte Erlaub-

nis zur Ausübung ihres Berufes erteilten;
z. B., indem wir die Einrichtung von Praxisgemeinschaften in Siedlungsschwerpunkten forderten.

- Den bedarfsgerechten, qualitativ verbesserten Ausbau unseres Krankenhaussystems.

Mit mehr als einer Milliarde DM jährlich hat die sozialdemokratisch geführte Landesregierung in den vergangenen Jahren in unserem Land ein modernes Krankenhaussystem errichtet, das allen Ansprüchen medizinischer und pflegerischer Versorgung gerecht wird. Jeder Patient kann hier – nach Ablösung des reinen Klassenprinzips – wahlweise und separate Sonderleistungen (Behandlung durch Chefarzt oder Einzelzimmer u. a.) in Anspruch nehmen. Zur Zeit überschreitet das Bettenangebot in den Krankenhäusern deutlich den Bedarf. Die Gründe sind der Geburtenrückgang, die stetige Verkürzung der Aufenthaltsdauer der Patienten im Krankenhaus und die vermehrte Einrichtung von Nachsorge- und Pflegeheimen. Die sozialdemokratisch geführte Landesregierung hat deshalb einen Krankenhausbedarfsplan erstellt, nach dem nicht bedarfsgerechte und nicht leistungsfähige Abteilungen zugunsten neuer leistungsgerechter Stationen umgestellt werden. Ein Schwerpunkt dieser Umstellung war die Verbesserung der psychiatrischen Versorgung. Die Landesregierung hat die Bettenzahl der psychiatrischen Großkrankenhäuser erheblich reduziert und ein umfassendes Sanierungsprogramm abgewickelt. In Akutkrankenhäusern hat die Landesregierung den Ausbau psychiatrischer Abteilungen gefördert.

Zur Behebung der personellen Probleme des öffentlichen Gesundheitssystems hat die Landesregierung ein Nachwuchsförderungsprogramm für Ärzte und Zahnärzte geschaffen, das dazu beitrug und beiträgt, den Fehlbestand an Ärzten und Zahnärzten im öffentlichen Gesundheitsdienst zu verringern. Darüber hinaus wurde die Ausbildung des ärztlichen Personals verbessert, etwa von Gesundheitsaufsehern für Seuchenbekämpfung und Hygiene oder von sozialmedizinischen Assistenten für Gesundheitsvorsorge und Gesundheitshilfe.

Diese Broschüre
erscheint in
der Reihe

1. **Wirtschaft – Arbeit**
 - 1.1 Wirtschaftspolitik
 - 1.2 Arbeitsmarktpolitik
 - 1.3 Humanisierung der Arbeitswelt
 - 1.4 Selbständigenpolitik
 - 1.5 Energiepolitik
 - 1.6 Agrarpolitik und Forstwirtschaft
 - 1.7 Verbraucherpolitik
 - 1.8 Technologiepolitik
 - 1.9 Verkehrspolitik

2. **Umwelt**
 - 2.1 Umweltschutz
 - 2.2 Umwelt/Chemikalien- und Giftschutz
 - 2.3 Umwelt/Wasserwirtschaft und Abfallwirtschaft
 - 2.4 Umwelt/Luftreinhaltung
 - 2.5 Umwelt/Lärmschutz
 - 2.6 Umwelt/Landschaftspflege
 - 2.7 Gesundheitspolitik

3. **Familie und Gesellschaft**
 - 3.1 Familienpolitik
 - 3.2 Frauenpolitik
 - 3.3 Jugendpolitik
 - 3.4 Altenpolitik
 - 3.5 Behindertenpolitik
 - 3.6 Kinderfreundlichkeit
 - 3.7 Ausländerpolitik
 - 3.8 Sozialpolitik

4. **Wohnen und Freizeit**
 - 4.1 Wohnungsbaupolitik
 - 4.2 Wohnumfeldverbesserung
 - 4.3 Sport
 - 4.4 Kulturpolitik
 - 4.5 Freizeit

5. **Bildung und Erziehung**
 - 5.1 Schulpolitik
 - 5.2 Hochschulpolitik
 - 5.3 Forschungspolitik
 - 5.4 Weiterbildung
 - 5.5 Berufliche Bildung
 - 5.6 Medienpolitik

6. **Der Staat im Dienste seiner Bürger**
 - 6.1 Justizpolitik
 - 6.2 Innere Sicherheit
 - 6.3 Datenschutz
 - 6.4 Bürokratie und Bürgerverantwortlichkeit
 - 6.5 Gemeindefreundliches Land
 - 6.6 Die Finanzen müssen stimmen

Das wollen wir

Wir Sozialdemokraten wollen zur weiteren Leistungsverbesserung noch bestehende Versorgungslücken schließen. Wir werden deshalb:

- gezielte Maßnahmen ergreifen, damit die ärztliche und zahnärztliche Versorgung im ganzen Land sichergestellt ist – auch in Stadtrandgebieten und ländlichen Bereichen,
- unser erfolgreich angelaufenes Programm zum Ausbau ortsnaher psychiatrischer Versorgung, vor allem auch im ländlichen Bereich, fortsetzen,
- solche sozialen Dienste und Institutionen fördern, die eine stationäre Behandlung ergänzen oder ersetzen, z. B. Tag- und Nachtkliniken, Wohngemeinschaften u. a. für psychisch Kranke. Damit wollen wir die Wiedereingliederung in die Gesellschaft und in die Arbeitswelt nach längerer stationärer Behandlung erleichtern,
- die Errichtung weiterer Altenkrankenhäuser unterstützen,
- das Hilfsangebot für Schwangere in Konfliktsituationen übersichtlicher machen und ausweiten, ohne jedoch die gesetzlichen Regelungen zu unterlaufen,
- eine weitere Verbesserung der ärztlichen Ausbildung und vor allem Fortbildung anstreben,
- zur Lösung der aktuellen Drogenprobleme kurzfristig wirksame und umsetzbare Maßnahmen ergreifen. Wir wollen neben einem Ausbau der Beratungsdienste vor allem das Angebot an Plätzen zur offenen stationären Langzeitbehandlung Drogenabhängiger deutlich erhöhen. Kurzfristig streben wir die Errichtung einer Modellklinik zur Entgiftung und Entwöhnung Drogenabhängiger an.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen eine vorbildliche Krankenversorgung. Wir werden versuchen, sie noch weiter zu verbessern. Deshalb werden wir:

- Maßnahmen zur Herabsetzung der Säuglings- und Müttersterblichkeit ergreifen.
- Ein Programm zur Wiedereingliederung in Beruf und Gesellschaft entwickeln für Kranke, die über lange Zeit stationär behandelt wurden.
- Die Zusammenarbeit zwischen Ärzten, Arbeitsmedizinern, Psychotherapeuten, öffentlichem Gesundheitsdienst, Sozialarbeitern u. a. verstärken. Denn zum Krankheitsbild gehört auch der spezielle psychische, soziale, gesamtmedizinische Hintergrund. Die Errichtung medizini-

scher Gemeindezentren und deren Zusammenarbeit mit Werksarztzentren, niedergelassenen Ärzten und Gesundheitsämtern könnte ein Ansatzpunkt sein. Diese Zentren können zu zentralen Anlauf- und Ansatzleitstellen erweitert werden, die neben medizinischer auch soziale und psychologische Hilfe anbieten.

- Den Alkoholmißbrauch bekämpfen. Wir müssen frühzeitiger tätig werden. Schon wenn die ersten Auffälligkeiten einer Alkoholsucht deutlich werden, müssen wir Hilfe anbieten. Die Ärzte müssen besser auf das Erkennen und Behandeln solcher Krankheitsbilder vorbereitet werden, sie müssen mehr mit Betrieben und Therapieeinrichtungen zusammenarbeiten.
- Zivilisationskrankheiten intensiver bekämpfen. Dazu sollten besondere Krankheitsforschungsschwerpunkte gebildet werden (etwa für Krebs, Rheuma, Psychosen, u. a.).

Leistungsverbesserungen bedeuten keineswegs immer Mehrkosten. Wir Sozialdemokraten werden daher Maßnahmen und Programme fördern, die bei einer Verbesserung des Leistungsangebotes zugleich den Kostenanstieg im Gesundheitswesen dämpfen. Dazu werden vor allem beitragen:

- die Durchführung des aufgestellten Krankenhausbedarfsplanes.
- die Durchführung des 2. Kurortförderungsprogrammes.
- ein bedarfsgerechter Einsatz von medizinischen Geräten, vor allem Großgeräten mit einer entsprechenden Folgekostenaufstellung.
- der Ausbau vorstationärer Diagnostik und nachstationärer Behandlung.
- ein Schwerpunktprogramm zur Gesundheitsvorsorge, das jedem Bürger hilft, sich gesundheitsbewußt zu verhalten.
- Untersuchungen darüber, wie sich die Arbeitswelt auf die Gesundheit des Arbeitnehmers und seiner Familie auswirkt. Dabei sollte sinnvollerweise auf bereits bestehende Einrichtungen, wie vor allem Werksarztzentren, zurückgegriffen werden.
- ein Programm „Mehr Humanität im Gesundheitswesen“, in das Gesundheitsbereiche einbezogen werden müssen. Wir Sozialdemokraten wollen Maßnahmen entwickeln, die einmal den Aufenthalt im Krankenhaus menschlicher gestalten, die andererseits weg von der „Fünf-Minuten-Behandlung“ (zumeist noch überwiegend mittels technischer Apparaturen) durch den niedergelassenen Arzt führen.